

Leipziger Tageblatt

Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland monatlich 3 Goldmark, Ausland 6 Goldmark ein- monatlich Porto. Einzelhefte 20 Pfennig. Adressänderung ohne Rücksicht auf die Zeitungsnummer. Abbestellung ohne Rücksicht auf die Zeitungsnummer. Abbestellung ohne Rücksicht auf die Zeitungsnummer.

Anzeigenpreis: für die Bekanntmachung (Stadt- u. Post-) Anzeigen: Die tägliche Zeile zu 1000 Zeichen für 1000 Zeichen. Die tägliche Zeile zu 1000 Zeichen für 1000 Zeichen. Die tägliche Zeile zu 1000 Zeichen für 1000 Zeichen.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Reichspräsidenten und des Reichsministers des Innern.

Nr. 121

Sonnabend, den 17. Mai 1924

Reichs-Postamt Nr. 10000-10000
Verlags-Postamt Nr. 10000-10000
Postfach Nr. 10000-10000

118. Jahrg.

Die deutschnationale Kriegserklärung

R. Berlin, 16. Mai.

Die Deutschnationalen haben, wenn auch nicht eine Parallele, so doch ein Vorposten-gefecht verloren. Mit bemerkenswerter Entschiedenheit hat die Reichsregierung die Deutschnationalen in die Grenzen zurückgeworfen, die auch ihnen gesteckt ist als einer Partei, die zwar die Stärke des neuen Parlaments sein wird, trotzdem aber keine Aussicht hat, seine Mehrheit zu behaupten. Man hat der Reichsregierung für diese Antwort, die offenbar von der lauterer und ethisch stark beeinflussten Bevölkerung des Reiches den Ton erhalten hat, dankbar zu sein.

Welche Folgen aber wird sie haben? Kein Zweifel, die alte Attitüde der Deutschnationalen war eine Kriegserklärung, mehr schon die Eröffnung der Feindschaft ohne Kriegserklärung. Die Konflikte der deutschen Innenpolitik haben sich damit weiter verschärft. Die Reichsregierung und die Mittelparteien, auf die sie sich stützt, werden die Konsequenzen daraus zu ziehen haben. Diese Konsequenzen können logisch in nichts anderem bestehen als in einem um so engeren, nur tatsächlichen oder auch formell erklärten Zusammenstoß der bedrohten Mitte. Die für heute nachmittags plötzlich angelegte vertrauliche Besprechung der Führer der drei Mittelparteien erhält unter diesen Umständen besondere Bedeutung. Man darf in ihr schon eine Demonstration sehen, aber darüber hinaus doch noch wesentlich mehr, vielleicht das sich unter dem Druck der Gefahr von rechts doch noch etwas zusammenfügt, was die Funktionen des in den letzten Tagen erweiterten Blocks der Mitte übernehmen könnte, eines Blocks, der unter Anführung nach links mit der Ruhe des guten Gewissens das Vertrauensvotum auch des neuen Parlaments verlangt und, wenn es verweigert wird, von den verheißenen und vergrößerten Wählern an die besser zu unterrichteten Wähler appellieren könnte.

Allerdings wird es inzwischen der Deutschen Volkspartei gelingen, den Zentrumsblock ihrer reaktionären Elemente einzudämmen — wie es etwa Herr Dr. Heinze fertig bringt, sich mit Deutschvölkischen in gemeinsame Kundgebungen einzulassen —, auf deren Rechnung vor allem jener unglückliche Fraktionsbeschluss kommt, wonach der Block der Mitte eine Unmöglichkeit, dafür aber der Zusammenbruch aller bürgerlichen Parteien zu erstreben sei. Es scheint nun zwar, als habe man jetzt auf dem Streifen der Partei begehrt, wie sehr man mit dem Reichstag die Verhältnisse der antimarkistischen deutschnationalen Macht gefördert, sich selbst dagegen festgelegt hat. Interpretationsversuche der „Zeit“ wollen dies in dem Sinne ausdeuten, als habe man die Deutschnationalen zunächst einmal zwingen wollen, außenpolitisch Farbe zu bekennen. Stresemann läßt also zum Sammeln nach der Mitte hin blasen. Aber ob sein Signal liberal oder fanatisch und beachtet werden wird, steht dahin.

Und auch dies kann man ja nicht oft genug sagen: die Deutschnationalen streben mit allen Mitteln und mit aller Streifenlosigkeit, die ihnen zur Verfügung steht, danach, die Macht in Deutschland und vor allem in Preußen an sich zu reißen. Sie wissen sehr gut, daß die günstige Gelegenheit, die sich ihnen jetzt zu bieten bietet, um auf einem halbwegs eigenen Wege zur Macht zu gelangen, nie wiederkehrt. Sie hat darum auch sicherlich im stillen längst entschlossen, außenpolitisch Konzeptionen in größter Umfassung zu machen, wenn sie sich damit nur den Eintritt in die Regierung erobern können. Denn ihre wirklichen Ziele sind rein innenpolitischer Natur. Wenn sie aber erst einmal die Macht in Deutschland in der Hand haben, ist nicht abzusehen, wie man sie ihnen wieder nehmen könnte. Auf parlamentarischen Wege sicherlich auf keinen Fall. Man offenbart hier Herr Hergt in seinem programmatischen Interview erklärt, er wolle eine Regierung von Bestand und „wie sich formal alles entwickeln werde, das sei ihm höchst nebensächlich“. Das ist eine Warnung an alle die, die da glauben, man könne die Deutschnationalen ruhig einmal ihre Glück probieren lassen, sie würden sich ruhig abzurufen lassen. Das ist gewiß richtig, völlig unklar aber ist nur, auf welche Weise dann das Reich von dieser „abgewirtschafteten“ Regierung wieder befreit werden kann.

Eine Annäherung

Die Flugverteilung in der geplanten Reichsregierung

Berlin, 16. Mai. (Eig. Tel.) Die Deutschnationale Partei rechnet offenbar — auf Grund welcher Mehrheitsverhältnisse ist allerdings nicht klar — mit der Möglichkeit, selbstbestimmend ein neues Kabinett bilden zu können und hat in den letzten Tagen verschiedene Politiker und Diplomaten nach Berlin berufen, um mit ihnen über den Eintritt in ein solches Kabinett zu verhandeln. Der Reichstanzlerposten soll entweder Dr. Hergt oder Waltraud anvertraut werden. Die Beratung darüber ist noch nicht abgeschlossen. Als Außenminister ist der ehemalige Gesandte in Belgien, von der Landen, in Aussicht genommen. Ihm wird als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes der Generalkonsul von Hasselt, der Schwiegersohn des Großadmirals von Tirpitz, der vor einigen Tagen von München nach Berlin berufen wurde, beigegeben. Als Chef der Reichskasse ist der Abgeordnete Lindener-Wildau vorgesehen. Das Reichsfinanzministerium soll entweder dem Abgeordneten Schlang-Schöningen oder Scheel zufallen. Als Ordnungsdirektor „Botschafter“ darf der Plan angesehen werden, Dr. Stresemann zum Botschafter in Washington zu ernennen.

Deutschnationale Außenpolitik

Anerkennung der Erfüllungspflicht

Basel, 16. Mai. Die „Baseler Nachrichten“ veröffentlichen einen Artikel von Professor Bösch über die Reichstagswahl und die Außenpolitik. Der Kommunismus, heißt es in diesem Artikel, habe in deutschen Völkern keine Wurzel. Die Deutschnationalen seien für die Regierungsbildung geeignet. Sie verlangten auch heute eine neue Grundlage für die Reparationspolitik mit einer endgültigen Regelung. Eine etwaige Regierung mit Einschluß der Deutschnationalen gehe mit freien Händen an das Exportgutachten. Anzuerkennen sei bei den Experten ihre Klüßlichkeit auf die Stabilität der deutschen Währung und des deutschen Staatshaushalts. Eine en bloc-An-

Übertriebene russische Forderungen

Rußlands Note übergeben

Berlin, 16. Mai. (Eig. Tel.) Die bereits vor einigen Tagen angekündigte Note der Sowjetregierung über den Zwischenfall in der russischen Handelsvertretung ist gestern dem deutschen Botschafter in Moskau, Grafen Braddeur-Banbau, übergeben worden. Ihr Wortlaut liegt zur Stunde noch nicht vor, doch ist bekannt, daß er sich im wesentlichen mit den vier Forderungen deckt, die Gegenseite bereits vor mehreren Tagen veröffentlicht hat.

R. Berlin, 16. Mai. (Eig. Tel.)

Die russische Note, die am 12. Mai dem Botschafter übergeben wurde, hier im Wortlaut aber noch nicht bekannt ist, dürfte kaum zur Lösung des Konfliktes beitragen. Sie fordert, wie ich aus zuverlässiger Quelle erfahren, die ausdrückliche Anerkennung der Exterritorialität der russischen Handelsvertreter in Deutschland, zweitens Entschuldigungen, wie sie internationaler Brauch entsprechen, d. h. also wohl einen Sühnebesuch Dr. Stresemanns beim russischen Botschafter, drittens die Bestrafung der schuldigen Beamten, die sich also nicht auf eine bloße Verurteilung des Oberregierungsrates beschränken dürften, endlich die Entschädigung derjenigen Russen, die durch das Vorgehen der preußischen Polizei Schaden erlitten haben. Auf den deutschen Wunsch nach schiebenderischer Erledigung geht die Note angeblich nicht ein. Im ganzen enthält die Note Forderungen, die sich aus der wirklichen Lage der Dinge nicht rechtfertigen lassen. Sie gestaltet infolgedessen die deutsch-russischen Beziehungen noch kritischer als sie ohnehin schon sind — eine Auffassung, die übrigens auch in hiesigen amtlichen Kreisen geteilt wird.

Bozenhardt verhaftet

Berlin, 16. Mai. (Eig. Tel.) Die das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, ist ein der politischen Folgen gelungen, des Kommunisten Bozenhardt hab-

nahme der Gutachten im Sinne des „Times“-Artikels vom 7. Mai lehnten die Deutschnationalen ab. Galt die Expertenberichte als unteilbares Ganzes, so müßten mindestens alle Zweifel über ihre Auslegung beseitigt werden. Der Artikel streift ironisch die Frage, ob die Militärkontrolle etwa auch gleich zusammen mit dem Gutachten angenommen werden solle. Schließlich betont der Artikel, daß die Deutschnationalen im Gegensatz zu der bisherigen Regierung unbedingte Sicherheit für die Erfüllung der bekannten Ehrenpunkte (Anmerkung für die Beurlaubten des Ruhrgebietes, Rückführung der Beamten, Arbeiter usw.) von vornherein fordern müßten. Im Schlußsatz wird betont, daß die Deutschnationalen eine Kriegsgenossenschaftsverpflichtung für den verlorenen Krieg niemals grundsätzlich abgelehnt haben, jedoch könnten sie Verpflichtungen nur für erfüllbare Leistungen eingehen.

Parteiübergreifende Besprechungen

mit der Regierung

Berlin, 16. Mai. (Eig. Tel.) Im Reichstagsrat traten heute vormittag die Führer der Parteien der Mitte, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten zu einer vertraulichen Besprechung über die schwebenden politischen Fragen zusammen. An der Besprechung nahmen auch die Herren Marx, Dr. Stresemann und Brauns teil.

Ludendorff spricht in Berlin

Berlin, 16. Mai. (Eig. Tel.) Bei der Schlageter-Feyer, die die Völkischen Verbände am 24. Mai hier veranstalten, soll General Ludendorff seine erste große Rede in Berlin halten. Die Feyer soll, nachdem das Ministerium des Innern die geplante Veranstaltung unter freiem Himmel im Stadion verboten hat, nun in einem großen Saal in Berlin stattfinden.

Das Echo des „Deutschen Tages“

Hamburg, 16. Mai. (Eig. Tel.) Die sozialdemokratische Arbeiterjugend Groß-Hamburgs ruft jetzt zu einem großen Demonstrationstag für Sonnabend auf. In ihrem Manifest fordert sie „Kampf gegen die Gespensder der Vergangenheit“. Der Demonstrationstag richtet sich gegen die Ereignisse in Halle.

Englands Ansprüche an Rußland

Vertagung der englisch-russischen Konferenz

London, 16. Mai. (Eig. Tel.) Unter dem Vorbehalt des Unterstaatssekretärs Ponsford sind gestern eine Vollziehung der englisch-russischen Konferenz hat. Zunächst wurde über die Gültigkeit der zwischen England und Rußland vor dem Kriege abgeschlossenen Verträge verhandelt. Ein Ausschußbericht, der die Verträge in zwei Gruppen einteilt, in solche, die außer Kraft getreten sind, und solche, die nach einigen Änderungen weiterbestehen sollen, wurde angenommen. Zur ersten Gruppe gehören die Verträge über Orientfragen und andere politische Probleme. Große Schwierigkeiten bereitete die Frage, wie man mit den Verträgen verfahren soll, die auf beiden Seiten zwischen mehreren Staaten abgeschlossen sind und die Unterschrift Englands und Rußlands tragen. Die Konferenz kann diese Angelegenheit nicht in Abwesenheit der anderen Vertragsmächte erledigen, sie will daher die Abänderung solcher Verträge, die in der Hauptsache Telegraphie und Rablwesen betreffen, erst eingehend prüfen. Von englischer Seite wurde erklärt, daß keine Möglichkeit vorhanden sei, Verträge abzuändern, die aus Friedensverträgen der letzten Zeit hervorgegangen oder mit ihnen zusammenhängen.

Einen breiten Raum in den Verhandlungen nehmen die Schadensersatzansprüche von Engländern seit der Revolution an Rußland ein. Die englischen Vertreter schlagen vor, ein Schiedsgericht zu ernennen, das die Höhe dieser Ansprüche feststellen soll. Die Russen verlangten dagegen, das

Schiedsgericht nur dann einzusetzen, wenn in direkten Verhandlungen mit den Geschädigten keine Einigung erzielt werden könne. Von englischer Seite wurde vorgeschlagen, den Erfolg der Schäden durch Konzeptionen oder Rückerstattung des Eigentums vorzunehmen. Sollten Meinungsverschiedenheiten über die Höhe oder Art der Entschädigungen auftreten und keine Einigung erzielt werden, so soll das Schiedsgericht entscheiden. Die Russen erklärten diesen Vorschlag erwägen zu wollen. Die russische Abordnung schlug dann noch vor, die Schäden aus der Vorkriegszeit zuerst zu prüfen, da sie an Höhe die anderen übersteigen. Zunächst müsse die Höhe des englischen Eigentums in Rußland festgestellt werden, damit bei den folgenden Erörterungen zwischen den beiden Regierungen eine Einigung erzielt werden könne. In Anbetracht dieser Schwierigkeiten wurde von englischer Seite vorgeschlagen, die Verhandlungen einstellen zu lassen.

Die Russen widerlegten sich diesem Vorschlag. Es wurde vereinbart, am 20. Mai von neuem zusammenzutreten und so den Russen Zeit zu geben, die englischen Vorschläge zu prüfen.

London, 16. Mai. (Eig. Tel.) Alle Morgenblätter verzichten heute auf Leitartikelkommentare zu dem Regierungskommuniké über die Plenarsitzung der englisch-russischen Konferenz. Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ begnügt sich mit dem Hinweis, daß in den letzten Tagen die russische Delegation eine größere Bereitwilligkeit gezeigt habe, an einem Arrangement zur Regelung der Staatsschulden und der privaten Schuldenerfordernissen mitzuarbeiten. Eine kurze Information des „Daily Telegraph“ weist darauf hin, daß zunächst in der Plenarsitzung eine wenig fremdbildige Stimmung geherrscht habe, die erst im Verlaufe der Aussprache etwas besser wurde, so daß man wiederum „von der Hoffnung auf ein Uebereinkommen“ gesprochen habe. Ich hatte gestern Abend Gelegenheit, mit konservativen und liberalen Politikern das Regierungskomitee zu sprechen und konnte feststellen, daß, wie ich meine Gemüthsstimmung übereinstimmend ausdrückte, „nur unerbitterliche Optimisten durch den nichtsozialen Jahalt enttäuscht sein würden“.

Obwohl die Konferenz nunmehr einen Monat gearbeitet hat, ist die Sowjetregierung nicht in der Lage gewesen, der englischen Forderung für die Begleichung des Schadenersatzes an die entriegelten englischen Untertanen bisher auch nur einen grundsätzlichen Gegenantrag gegenüberzustellen, sondern sie hat sich mit allgemeinen Hinweisen begnügt, daß die Verschiedenheit der Wirtschaftssysteme Englands und Rußlands die Aufstellung einer allgemeinen Formel erschwere.

Bezüglich der Behandlung der Vorkriegs- und der Kriegsschulden der Jarenregierung haben sich nach Ausfuhr des Berichtes Meinungsverschiedenheiten ergeben. Jedenfalls haben die Jaren recht gehabt, die bereits vor einiger Zeit die Auffassung vertreten, daß sich aus dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen noch nicht einmal die Grundlage eines umfassenden Abkommens erkennen lasse, sondern, daß bisher die „Meinungsverschiedenheiten“ durchaus den Vordergrund der Verhandlungen eingenommen haben.

Deutsch-englischer Handelsvertrag?

Amsterdam, 16. Mai. (Eig. Tel.) Reichsambassadeur Dr. Schocht hatte hier auf seiner Rückreise von London mehrere Besprechungen mit leitenden Personen der Finanzwelt. Er äußerte sich sehr befriedigt über seine Londoner Besprechungen und ihre Ergebnisse, die eine beträchtliche Annäherung zwischen Deutschland und England spüren ließen. Es sei auf baldigen Abschluß eines umfassenden Handelsvertrages zwischen beiden Ländern zu hoffen.

Gesandtenernennungen

Berlin, 16. Mai. Der bisherige Gesandte in Stockholm, Radebein, ist in gleicher Eigenschaft unter Verleihung des persönlichen Charakters als Botschafter nach Konstantinopel versetzt worden. Reichsminister des Auswärtigen A. D. v. Rosenburg ist zum Gesandten in Stockholm ernannt worden.

Dollarparitäten an Auslandsbörsen

in Billionen Mark	16. Mai	15. Mai
Zürich	4,3	4,2
Amsterdam	4,3	4,2
London	4,2	—
Prag	—	4,2
New York (Werbörse)	4,3	4,2
„ (Nachbörse)	—	4,2

Amerikanischer Geldmarkt

* Sonderkabel		Geldkurse der Vorbörse	
Vorbörse	Parität in Milliarden	Vorbörse	Parität in Milliarden
1,137	16	1,137	16
0,999	4978	Amsterd.	3740
4,365	1872	Prag	294,75
5,765	245	Konstantinopel	125
44,150	189	Stockh.	—
1772	758	Christ.	1387
			593